

# Riesfaer Tageblatt



Druckamt  
Tageblatt Riesfa,  
Ferienstr. 20,  
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:  
Dresden 1580,  
Girokonto:  
Riesfa Nr. 52.

Nr. 94.

Freitag, 22. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Kusschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.  
Rotationsdruck und Verlag: Ronger & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Gertrudstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesfa.

## Dubiose Forderungen.

Dubiose, also zweifelhafte Forderungen, sind bei der Bilanzstellung eine unangenehme Seite. Firmen, die es sich leisten können, pflegen solche Forderungen gar nicht erst einzufordern. Wie die Bilanz eines Unternehmens, so ist der Etat eines Landes die Ausgleichs- und Abrechnungsrechnung, aus der der Stand der Finanzen ersichtlich sein soll. Und auch die Länder haben dubiose Forderungen. Im Augenblick werden die deutschen Reparationszahlungen als solche angesehen. England nun ist vom Geschäftsausschuss erfüllt, es hat bei der Gläubigerfeststellung seinen Anteil an den deutschen Reparationen gar nicht mehr eingestellt. Und das hat großes Aufsehen erregt. Gewiss macht England damit eine Geste, die sagen könnte, es rechne damit, daß die Lausanner Konferenz zu einer Befreiung der Reparationen führt. Und dieser deutliche Wink ist ihm von Frankreich sehr übel vermerkt worden.

Nun ist von deutscher amtlicher Seite wiederholt zum Ausdruck gebracht worden, daß Deutschland nicht zahlen könne, und wie die Verhandlungen in Lausanne auslaufen. Die Verhandlungen in Lausanne werden sich nach dieser eindeutigen Erklärung richten müssen, während Deutschland nicht gezwungen werden kann, etwaigen Beschlüssen zu entsprechen, die es belassen und zu Zahlungen verpflichtet wolle. Auf Grund der deutschen Erklärung mußte England vom rein geschäftlichen Standpunkt aus die fällige deutsche Zahlung entweder als dubiose Forderung in den Etat aufnehmen oder großzügig von einer Verbuchung überhaupt absehen. Es tat das letztere, während Frankreich — und auch ganz seiner Einstellung entsprechend — sämtliche ab 1. Juli fälligen Forderungen an Deutschland in den Etat aufnahm und darüber hinaus auch die Verzinsung verbuchte, die auf Grund des Moratoriums bei der Wafeler Bank für Frankreich gutgeschrieben wurden und buchmäßig Deutschland wieder zurückvergütet wurden. Frankreich demonstriert also ganz im Gegensatz zu England, daß es mit den laufenden Forderungen an Deutschland rechnet und darüber hinaus Wert darauf legt, daß auch die gestundeten Zahlungen nachgeholt werden. Daß Frankreich aber im unklaren darüber sein sollte, daß es dubiose Forderungen aufnahm und gezwungen sein wird, den Etat anders zu balancieren, ist wohl nicht anzunehmen. Denn in Paris wird nicht nur jene deutsche Erklärung von der Zahlungsunfähigkeit bekannt sein, sondern auch die zusätzliche aus deutschen politischen Kreisen. Mit dieser amtlichen Erklärung, mit unferer Unfähigkeit, die Reparationen zu bezahlen, dürfte das Reparationsproblem an sich bereits gelöst sein.

Auch Italien hat die Forderungen an Deutschland nicht in den Etat eingetragene und zeigt sich wiederholt wie England verständlich, alles für eine endgültige Regelung der Reparationen einzusetzen. Die Konferenz in Genf hat größere Bedeutung, als man sich leichtweg annehmen möchte. Es geht dort nicht allein um die Abrüstung, es geht um die wichtigsten Zukunftsfragen. Deshalb haben, wie man an maßgebender Berliner Stelle annimmt, auch Tardieu und MacDonald es so eilig gehabt, am Schluß der wichtigen Verhandlungen in Genf, zu erscheinen. Bei allen Verhandlungen ist die neuerliche amtliche amerikanische Erklärung, daß Amerika auf Rückzahlung der Kriegsschulden und Einzahlung der ab 1. Juli fälligen Raten bestehen muß, ein wunder Punkt, der man aber zunächst nicht so tragisch nimmt, weil anscheinend doch irgendwelche Erklärungen amtlicher amerikanischer Stellen vorliegen müssen, die entgegengelehrt lauten und Erleichterungen der Lausanner Verhandlungen ankündigen.

## Das Zusammentreffen des deutschen Reichskanzlers mit dem Reichsinnenminister

in Sigmaringen.

wird in den politischen Kreisen Berlins lebhaft diskutiert. Seine Ankündigung kam etwas überraschend, da man nach den bisherigen Verhandlungen im Reichsinnenministerium eigentlich die Reichsbanner-Angelegenheit für geklärt hielt. Die ständige Nachsendung von Belastungsmaterial durch das Büro des Reichspräsidenten widerlegt diese Auffassung. Es scheint, daß wichtige und einflussreiche Kreise ein Interesse daran haben, nach dem 21. Verbot den ganzen Komplex auch der übrigen Sport- und Wehrorganisationen mit dem Endzweck einer grundsätzlichen Umformung zu behandeln. Man will die angeschnittenen Fragen nicht zur Ruhe kommen lassen. Man will sich dadurch auch von dem Vorwurf befreien, auf Grund eines nicht genügend sichhaltigen Materials den Reichspräsidenten zu seinem bekannten Vorstoß veranlaßt zu haben. Von diesen Gesichtspunkten aus blickt man in politischen Kreisen mit starkem Interesse auf das Zusammentreffen der beiden hauptverantwortlichen Männer des Reichskabinetts. Man hält es für ausgeschlossen, daß Dr. Brüning nur deshalb nach Süddeutschland zum Reichskanzler fährt, um die Rückantwort an den Reichspräsidenten zu formulieren oder über die Notwendigkeit eines Reichsbanner-Verbots zu sprechen. Ueber dieses Stadium der Verhandlungen ist man bereits hinausgewachsen. Heute ist, wie wir annehmen möchten, die Frage bereits die: wie kann man bei allen sogenannten Wehrorganisationen eine jederzeit der Kontrolle unterliegende Zusammenarbeit mit der Regierung herstellen, wie kann man die Macht des Staates gegenüber diesen Verbänden in einem klaren und gegen jede Ueberforderung gesicherten Sinne festlegen? An dieser Stelle hat Reichs-

## Ein neuer amerikanischer Abrüstungsvorschlag.

Genf. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat der amerikanische Staatssekretär Stimson in seiner Unterredung mit MacDonald und Tardieu am Donnerstag vormittag einen neuen amerikanischen Abrüstungsvorschlag vorgelegt, der einen bis in alle Einzelheiten ausgearbeiteten Plan der qualitativen und quantitativen Abrüstung unter Berücksichtigung des Sicherheitsproblems darstellt. Dieser amerikanische Vorschlag, der auf den Bestimmungen des Kellogg-Paktos angebaut sein soll, wird zunächst noch von allen Seiten streng vertraulich behandelt.

## Tardieu bei Brüning

Genf, 22. April.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing gestern nachmittag Tardieu, mit dem er eine einstündige Besprechung über die aktuellen Fragen hatte. Für heute nachmittag ist eine Fortsetzung der Besprechung vorgesehen, zu der auch Staatssekretär von Bülow hinzugezogen werden soll.

Vorher hatte der Reichskanzler den belgischen Außenminister Hymans empfangen. Mittags nahm der Reichskanzler an einem vom englischen Luftfahrtminister Lord Londonderry gegebenen Frühstück teil, bei dem außerdem noch einige Führer der Delegation der Abrüstungskonferenz, u. a. MacDonald und Tardieu, anwesend waren. Heute vormittag wird Dr. Brüning eine Besprechung mit MacDonald haben. Im Anschluß daran werden mehrere Delegationsführer, darunter Tardieu und MacDonald, einer Einladung des Reichskanzlers folgen.

## Klare Sprache Stimmons

Genf, 22. April.

Die Besprechungen Stimmons mit Tardieus haben sich, wie wir von amerikanischer Seite erfahren, ausschließlich auf die Abrüstungsfrage bezogen. Stimson hat jeden Versuch, auch die Reparationsfrage zu erörtern, von vornherein mit der Bemerkung abgelehnt, daß es sich hier um eine rein europäische Frage handele.

Stimson betonte, er sei nicht gekommen, um einen neuen Plan vorzulegen. Diese Erklärung konnte die französischen Befürchtungen wegen einer neuen amerikanischen Diffenstee auf der Abrüstungskonferenz zerstreuen. Sie bedeutet aber

auch, daß Stimson sich auf keinerlei Sicherheitsfragen einlassen wolle.

Auf die bestimmte Frage Tardieus, wie sich Amerika im Falle einer Völkerbundaktion zugunsten eines angegriffenen Staates verhalten würde, erklärte Stimson, das hinge davon ab, welche Stellung die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten einnehmen würde.

Wenn die Genfer Verhandlungen, betonte Stimson, zu keinem positiven Ergebnis führten, so werde das in der amerikanischen Öffentlichkeit einen katastrophalen Eindruck machen; es werde dann sehr schwer sei, Amerika von der Ehrlichkeit und dem guten Willen der europäischen Staatsmänner zu überzeugen.

Diese offene Sprache Stimmons und vor allem die Publizität, die man ihr in amerikanischen Kreisen gibt, scheint darauf hinzudeuten, daß Amerika für den Fall eines Mißerfolges der Konferenz keine Zweifel darüber lassen wolle, wo die Verantwortlichkeit zu suchen sei.

## Frankreich in der Klemme

Das von Titulescu inszenierte Zwischenstück auf der Abrüstungskonferenz, d. h. die Vorlegung einer Entschließung, die keine ist, und nur den taktischen Zweck verfolgt, die Annahme einer wirklichen Entschließung zu verhindern, mußte gestern vormittag insofern ernstgenommen werden, als Titulescu mitteilte, daß er im Namen von vierzehn Delegationen spreche. Die Liste dieser Delegationen, die mit einiger Spannung erwartet wurde, ist gestern nachmittag bekannt geworden. Es ergibt sich, daß außer Frankreich, Polen und der Kleinen Entente lediglich eine Reihe solcher Staaten die Entschließung unterstützte, die zu Beginn der Abrüstungskonferenz betonten, daß ihre bewaffneten Kräfte nicht einmal zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung ausreichen, also Staaten, die man höchstens als unaktive Mitglieder einer Abrüstungskonferenz bezeichnen kann. Damit gewinnt die von Titulescu vorgenommene Stimmenjammung den Charakter einer sehr bezeichnenden Vorabstimmung, denn deutlich als durch das Angewiesensein auf die Unterstützung von Cuba, Guatemala, Uruguay, Persien und andere notorisch schwache und einflusslose Staaten konnte die Isolation der französischen Gruppe in der Frage der qualitativen Abrüstung nicht dargetan werden.

## Der englische Entschließungsentwurf angenommen.

Genf. (Zuspruch.) Der Hauptauschuh der Abrüstungskonferenz hat heute vormittag den englischen Entschließungsentwurf über den Grundgedanken der qualitativen Abrüstung angenommen.

Zu Beginn der mit großer Spannung erwarteten Aussprache schlug der englische Außenminister Sir John Simon einen Kompromiß zwischen der französischen Auffassung und derjenigen der Konferenzmehrheit in Form eines Abänderungsantrages seines eigenen Entschließungsentwurfes vor. Dieses Kompromiß besteht darin, daß als mögliche Methode der qualitativen Abrüstung nicht nur das Verbot, sondern auch die Internationalisierung bestimmter, näher bezeichnender Waffen erwähnt wird. In der Entschließung heißt es unter anderem: Unbeschadet anderer Vorschläge erklärt die Konferenz ihr Einverständnis mit dem Grundgedanken der qualitativen Abrüstung, das heißt, der Heranzureifung gewisser Arten oder Typen von Waffen zu dem Zweck, durch ein allgemeines Abkommen ihren Besitz oder Gebrauch allen Staaten zu verbieten oder sie zu internationalisieren.

Der rumänische Delegierte Titulescu zog seinen gekündigten Obstruktionsantrag mit dem Ausdruck der Befriedigung über die jetzt erfolgte Klarstellung zurück. Auch Tardieu sprach seine Genugtuung aus. Der ungarische Graf Apponyi stellte fest, daß zwischen dem ursprünglichen und dem jetzigen Entwurf kein laßlicher Widerspruch bestehe. Danach ergriff der deutsche Delegierte, Reichskanzler Brüning das Wort. Der deutsche Vertreter erklärte, daß

er sich mit dem englischen Antrag einverstanden erklären könne. Radolny hob aber nochmals und zwar diesmal noch schärfer als in seiner vorerzählten Rede hervor, daß nach deutscher Auffassung die Abschaffung der schweren Angriffswaffen nicht durch eine Internationalisierung zu erfolgen habe, sondern durch Zerstörung dieser Waffen.

Er halte es für seine Pflicht, sagte Radolny, keinen Zweifel über die Auffassung der deutschen Delegation aufkommen zu lassen. Die qualitative Abrüstung könne nicht durch die Internationalisierung, sondern nur durch die Zerstörung der Angriffswaffen erreicht werden und durch absolutes Verbot der Herstellung und der Anschaffung solcher Waffen. Was die Frage angehe, welche Waffenkategorien unter die Begriffsbestimmung „schwere Angriffswaffen“ fallen, so sei diese Frage bereits vorentschieden worden durch die einseitige Entwaffnungsbestimmung des Versailleser Vertrages. Die hier vorgenommenen, einzelnen Staaten auferlegte Abschaffung der schweren Angriffswaffen habe sich als praktisch durchführbar erwiesen. Die deutsche Delegation sei bereit, über weitergehende Verbote zu verhandeln.

Litwinow stimmte gleichfalls der Entschließung zu mit der Begründung, daß sie die ursprüngliche Entschließung in keiner Weise abändere.

Darauf wurde die Entschließung von dem Hauptauschuh einstimmig angenommen.

## Vertagt

Paris, 22. April.

Wie die Agentur Indopacifique aus Schanghai meldet, ist die chinesisch-japanische Waffenstillstandskonferenz auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Die Vertreter der Mächte befürchten, daß die der Gemischten Kommission vom Neunjaherausschuh gegebenen Vollmachten die Ablehnung Japans nach sich ziehen werden.

innenminister Dr. Brüning bereits beim Beginn der Debatte mit seinem Vorschlag einer Bildung von überparteilichen Sportorganisationen eingelegt. Man nimmt in gut unterrichteten Kreisen an, daß über diese Zusammenhänge hauptsächlich in Sigmaringen verhandelt werden dürfte. Hier bietet sich auch die einzige Möglichkeit, um dem Reichspräsidenten positive Vorschläge für die Weiterbehandlung der von ihm bezeichneten Fragen zu machen. Es ist selbstverständlich, daß über derartige Probleme keine telephonischen Gespräche zwischen Genf und Berlin geführt werden konnten. Die Reise des Reichskanzlers und des Reichsinnenministers wird von hier aus erst recht verständlich.